

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Mr. 11.

Charlottenburg, Freitag, den 18. März 1921.

48. Jahrg.

Forderungen der deutschen Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der mit den maßgebenden Stellen im Reiche in den letzten Wochen wiederholt über eine Abhilfe der großen Arbeitslosennot in Deutschland verhandelt hat, veröffentlicht jetzt die nachstehenden formulierten Forderungen, die er an die Reichsregierung gestellt hat. Der größte Teil dieser Forderungen war schon Gegenstand der erwähnten seitherigen Verhandlungen, deren Verlauf zu der Hoffnung berechtigten, daß sie nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden, weil auch die Regierung sich des Ernstes der Lage bewußt zu sein scheint. Das Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung, worin er seine Forderungen zusammengestellt nochmals unterbreitet hat, datiert vom 26. Februar und hat folgenden Wortlaut:

„Die große und andauernd steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland, deren zerstörende moralischen und volkswirtschaftlichen Folgen immer verhängnisvoller werden, erfordert dringend außerordentliche Maßnahmen. Der seitherige Weg, die Erwerbslosen durch Gewährung laufender Unterstützung aus öffentlichen Mitteln notdürftig über Wasser zu halten, kann wegen der völlig ungenügenden Höhe der Unterstützungen, die trotzdem in ihrer Gesamtsumme eine starke Belastung der Finanzen des Reiches und der Länder darstellen, nicht als Ausweg aus dieser unheilvollen Krise angesehen werden. Denn dieser Weg hat das Anwachsen der Arbeitslosenziffern nicht verhindert und auch die Arbeitslosen vor dem Versinken in immer größeres Elend nicht bewahrt.

Mit Recht verlangen die Erwerbslosen Arbeit und ausreichenden Verdienst anstatt der Unterstützung, die auch bei weiterer Erhöhung doch immer unzureichend bleibt. Aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ist es nicht zu rechtfertigen, noch länger an der unproduktiven Verwendung der großen Summen für Erwerbslosenunterstützung festzuhalten. Es muß vielmehr über den Rahmen der seitherigen Maßnahmen, betreffend die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge, hinaus gefordert werden, daß möglichst für alle Arbeitslosen auf schnellstem Wege Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Da dies der privaten Initiative bisher nicht gelungen ist und auch in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, ist ein sofortiges Eingreifen des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine dringende Notwendigkeit.

Aus diesen Erwägungen erhebt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund folgende

Forderungen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfange. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.
2. Bei der Vergabe dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche

Bedingung bei Uebertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.

3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Nötigenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.
4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Notstandsarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitslosigkeit möglichst zu vermeiden, die Tariflöhne sicherzustellen.
5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergebung, soweit es sich um die in Ziffer 2—4 vorgesehene Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften zuzuziehen.
6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die seither Vollbeschäftigten werden zu diesem Opfer an die gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.
7. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus erwachsenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinsicht auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit baldigst wieder in Vollarbeit umzuwandeln.
8. Die Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größerer Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.
9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Lebensverhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulspeisung für Kinder unbemittelter Eltern einzuführen und auszubauen.
10. Damit aus der Durchführung vorstehender Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintritt, wird mit allem Nachdruck die sofortige Einhebung aller Besitzsteuern verlangt.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
L. h. Leipart.

Allgemeiner freier Angestellten-Bund.“

Entscheidung der Beschwerdef Kommission vom 5. März 1921.

Eine Beschwerde des Mitgliedes 83 587 richtet sich gegen den Hauptvorstand wegen Verweigerung von Mafregelungsunterstützung. Die Beschwerde wurde abgelehnt. Begründung: Die vom Beschwerdeführer angegebenen Entlassungsgründe lassen wohl erkennen, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt ist. Keineswegs kann aber § 21 des Statuts in Anwendung kommen, wonach Mafregelungsunterstützung nur bei Entlassungen wegen Verbandszugehörigkeit oder Tätigkeit für den Verband gewährt wird.

Eine Rechtsschutzangelegenheit des Mitgliedes 44 186 hat inzwischen durch den Hauptvorstand ihre Erledigung gefunden und wird zur Kenntnis genommen.

Friedrich Silz
Vorsitzender.

Franz Ruhn
Schriftführer.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Unsere Kollegen, die mit abstimmungsberechtigten Oberschlesiern zusammenarbeiten oder sonstwie in Berührung kommen, wollen nicht unterlassen, diese an ihre Abstimmungspflicht zu erinnern. Oberschlesien muß deutsch bleiben, die oberschlesische Kohle darf unserem Wirtschaftsleben nicht verloren gehen, das liegt auch in unserem Interesse.

Zum Lohnabkommen.

Abermals stehen wir vor einer Lohnforderung. Um nicht wieder ins Hintertreffen zu kommen, müssen wir, die Unverheirateten, uns rühren, und zwar energisch. Vor allem darf man „ledig“ nicht mit „jugendlich“ verwechseln oder diesen Begriff nicht in die Länge ziehen. Im engeren Kollegentreise werden die beiden letzten Lohnforderungen kritisiert, bebrummt und nicht ins beste Licht gesetzt, was auch nicht unrecht ist. Daß man aber einen rechten Schritt unternimmt, fällt keinem ein.

Vor allem möchte ich darauf hinweisen, daß der eigentliche Lohn, ob für Verheiratete oder Ledige, derselbe sein muß; darin muß mich doch jeder unterstützen. Wie kommt man dazu, ein Stück Ware billiger herzustellen als die anderen, wo man doch die gleiche Arbeit leistet und dieselbe Zeit braucht? Wer steckt unseren Mehrverdienst ein? — Gleiche Arbeit, gleicher Lohn! Wo bleibt das soziale Sprichwort? Bin deshalb kein Gegner der Frauen- und Kinderzulage, jeder vernünftig Denkende weiß, was es heißt, sich und seinen Anhang zu ernähren.

Aber warum sollen wir, die Nichtverheirateten, büßen und um den eigentlichen Lohn geschmäleri werden? Das müssen doch alle für ein Unrecht finden. Gewiß, Ledige, die noch bei den Eltern wohnen, haben es entschieden besser, sie können Müttern noch in den Kochtopf guden. Aber in Untermiete ist's wesentlich anders. Unter 50 M. ist hier kein Zimmer zu haben (monatlich). Das braucht ein Verheirateter in drei Monaten nicht, wo ihm mehr Räume zur Verfügung stehen. So auch jeden Handgriff muß man bezahlen und so andere Kleinigkeiten. Sein Zimmer möchte man auch zwei- bis dreimal wöchentlich ausheizen, die zugewiesenen Kohlen (3 Zentner) reichen nicht weit, und jeder wird wissen, was man unter der Hand bezahlt.

Folge 2: Ich bin jetzt 25 Jahre. Als der Krieg ausbrach, war ich 18 Jahre alt. Man ließ damals keinen Anzug machen, kaufte auch sonst nichts, was man nicht ganz nötig brauchte, weil man doch rechnete, eingezogen zu werden. 1915 war's soweit. Als man wieder entlassen wurde, da stand man vor dem Ruin. Glaubt man, seine Sachen passen noch? Alles mußte erneuert werden, und was das kostet, wird jeder wissen; das bleibt einem älteren Kollegen teilweise erspart. Auch will man sich einmal ein eigenes Heim gründen, das heißt heutzutage viel, überhaupt, wenn man nur auf sich selbst angewiesen ist. Ein Kunststück ist es jedenfalls. Will man uns an den Kopf werfen, wir verkaufen den sauer verdienten Lohn? Traurig wäre das und mag auch manchmal vorkommen. Daß es aber ausgerechnet immer nur die Ledigen sein sollen? Bei uns im Betriebe sah ich nur Verheiratete, denn wo es drin siedt, da geht es nicht so leicht heraus. Man müßte gegen solche nur härter einschreiten. Vor Fleisch, Wein, Spiritus riechen, hat man keine Achtung. Brot, Öl und Kartoffeln, oder Spiritus? Ich glaube, die Arbeiterbewegungen wir sehr, darum auf zum Kampf gegen die geringen Gehälter, denn es verdirbt die Volkskraft, es schädigt uns unheimlich. Wir sind alle nur Menschen mit Fehlern, aber man muß sich zu beherrschen suchen. Wer mag denn für eine William-Scheibe in geflossen haben, auch Arbeiter? Das sind die, die uns Fortwürfe machen. — Führe nun kurz an: bei einem Verdienst (Grundlohn) von 140 M., die Verdienste eines Verheirateten und eines Ledigen (in 14 Tagen):

Verheirateter:	
Grundlohn . . .	140,— M.
Zu 450 Proz. . .	630,— „
	770,— M.
10 Stb. à 8,50 . . .	85,— „
	855,— M.
Zulage für Frau . . .	50,— „
	905,— M.
Steuer	91,— „
	814,— M.
Krankenkasse . . .	18,40 „
	795,60 M.
Vorschuß	800,— „
	495,60 M.

Lediger:	
Grundlohn . . .	140,— M.
Zu 427 Proz. . .	597,80 „
	737,80 M.
10 Stb. à 8,— . . .	80,— „
	817,80 M.
Steuer	82,— „
	735,80 M.
Krankenkasse . . .	18,40 „
	717,40 M.
Vorschuß	800,— „
	417,40 M.

Ist also in 14 Tagen ein Mehr von 88 M. und hat dieselbe Arbeit geleistet; wenn ich die Frauenbeihilfe als gut heiße, sind immer noch 38 M. mehr. Wenigstens da wollen wir uns gleichstellen und den gleichen Prozentsatz zum Grundlohn haben, das ist nicht mehr wie unser gutes Recht. Darum kämpfen wir. Ob die Beihilfen gut sind, will ich dahingestellt sein lassen. Es sind doch nur Geschenke, darüber mögen sich andere auslassen. Denn ein Ziel verfolgen sie: da soll was hochgepöppelt werden, was Anlaß zum Nachdenken gibt.

Fordere nun alle Kolleginnen und Kollegen auf, mich in meiner Forderung zu unterstützen, und will selbst hoffen, daß wir zu unserem guten Recht kommen. Bitte gleichzeitig, etwaiges Beachtenswertes im nächsten Abkommen zu vermerken. W. D. in M.

Lohnabkommen. — Organisationsfragen.

Aus den Versammlungsberichten der „Ameise“ geht eine große Unzufriedenheit der Kollegen mit dem letzten Lohnabkommen hervor.

Obwohl nun diesmal auch die schärfsten Kritiker früherer Lohnabkommen bei den Verhandlungen mitgewirkt haben, weder Zeit noch Mühe gescheut und, wie allseits anerkannt, auch das beste Beweismaterial mit eindringlicher Beredsamkeit ins Feld geführt wurde, so gelang es doch nicht, den Unternehmern mehr abzurufen.

Wenn wir nun so die Wahrnehmung machen müssen, daß auf dem Verhandlungswege in freier Vereinbarung nicht mehr zu erreichen ist, dann müssen wir uns doch die Frage vorlegen: Woher rührt der Widerstand und warum sperrt sich das Unternehmertum so hartnäckig gegen unsere berechtigten Forderungen? Forderungen, die doch nur aus der Not und dem Elend der Arbeiterschaft heraus gestellt sind.

Arbeiten die Porzellanfabriken etwa schon mit Unterbilanz, so daß höhere Löhne nicht gezahlt werden könnten?

Oder ist nicht vielmehr festzustellen, daß das Kapital in der Porzellanindustrie eine recht hohe Profitrate abwirft? Und werden nicht noch sehr hohe Dividenden trotz stark erhöhten Aktienkapitals verteilt? — Es kann also an der Zahlungsunmöglichkeit der Unternehmer nicht liegen, wenn sie uns Löhne verweigern, die ein halbwegs menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Nun, die Gründe dieses Widerstandes sind auch ganz anderer Natur.

Es ist die bessere und schlagfertiger Organisation, die sich das Unternehmertum geschaffen hat, und auf die es sich jetzt stützt. Denn in organisatorischer Beziehung hat das Unternehmertum die Gewerkschaften heute schon überflügelt. Es hat die Zeit der Arbeitsgemeinschaften nach der Revolution ausgenützt, um ungestört große Industrieorganisationen zu schaffen, und diese nun in einer das ganze Reich umfassenden Arbeitgeberorganisation zusammengefaßt; nunmehr nicht nur zur Abwehr, sondern zum Angriff bereit. Die Arbeiterschaft hat dem heute nichts Gleichwertiges entgegenzustellen.

In 53 Zentralverbänden zersplittert, können die Gewerkschaften den Kampf gegen eine einheitliche Arbeitgeberorganisation nicht wagen; deshalb auch diese langwierigen Verhandlungen und das zähe Feilschen um einige Pfennige Lohnerhöhung.

Bei uns geht die Entwicklung zu Industriebverbänden viel zu langsam vorwärts. Und doch kann die kommende wirtschaftliche Organisationsform der Arbeiterschaft nur der Industriebverband sein als der Vorläufer einer späteren Einheitsorganisation. Der Weg bis dahin mag noch lang sein; doch es hängt von der klaren Erkenntnis dieser Notwendigkeiten und dem Willen der Arbeiterschaft ab, dieser Entwicklung die Hemmnisse aus dem Wege zu räumen, wie schnell er zurückgelegt wird. Aus dieser Erkenntnis heraus muß dann auch gehandelt werden; nicht erst der Not und dem Zwange gehorchend, denn dann ist es zumeist zu spät, um das Verhängnis abzuwenden.

Die Gewerkschaften in 10 bis 15 Industrieverbänden zusammengefaßt in der Art, wie die Betriebsrätegruppen erfasst sind, könnten ganz anderes leisten, als jede einzelne für sich. In großen Betrieben sind heute oft mehr als ein Duzend Gewerkschaften unter den Arbeitern vertreten, die mitunter ganz verschiedene gegeneinanderlaufende Direktiven an ihre Mitglieder ausgeben. Darunter leidet die Schlagkraft der Arbeiter.

In finanzieller Beziehung wird in dem bisherigen Organisationsrahmen ungewollt eine ungeheure Verschwendung getrieben. Die 53 Zentralverbände geben für die Verwaltung, für Verbandszeitungen und für Agitation riesensummen aus. Bei mehr einheitlicher Verwaltung würde ein Teil der heute ans Bureau gebundenen Kräfte frei gemacht werden können für die Propaganda und Erziehungsarbeit, die noch sehr vernachlässigt daliegen, weil die Vorbedingungen, Kräfte und Geld, dazu fehlen.

Auch die Gewerkschaftsblätter, die heute 53mal von neuem gesetzt und gedruckt werden, kosten ein ungeheures Geld. Ein Teil der Gewerkschaftsblätter leisten Hervorragendes; die anderen schreiben und drucken einfach nach.

Doch auch in der Agitation wird Zeit und Energie verschwendet und wenig rationell verwertet. Oft sind an einem Tage 5, 6 und mehr verschiedene Gewerkschaftsbeamte aus der Provinzstadt in einem kleinen Orte, halten Versammlungen ab, konferieren und beraten. Einer würde die Sache ebensogut machen, und dann wäre nur einmal das teure Fahrgeld und die Diäten zu bezahlen. Aber bei unserer Zersplitterung zahlen wir das vielfache, und oft arbeitet noch der eine Agitator gegen den anderen infolge der Grenzstreitigkeiten der vielen Verbände.

So sehen wir, daß unsere gegenwärtige Organisationsform dem straff organisierten Unternehmertum gegenüber nicht nur ins Hintertreffen geraten ist, sondern wir müssen auch feststellen, daß sowohl die Beiträge als auch die Kräfte der Arbeiter wenig ökonomisch verwendet werden.

Die Beitragshöhe, die gegenwärtig bei den einzelnen Verbänden noch stark differiert, ist ebenfalls ein arger Mißstand, ebenso sind die unterschiedlichen Leistungen der einzelnen Verbände eine ständige Quelle von Mißstimmungen und Reibereien. Möglichst gleichmäßig hohe Beiträge und Leistungen der 10 bis 15 Industrieverbände herbeizuführen, dürfte keine großen Schwierigkeiten verursachen. Bei den 53 Zentralverbänden erscheint ein solcher Beginn fast ausgeschlossen. So könnte der innere Ausbau der Organisation verbessert und vervollständigt, Geld und Energien rationeller verwendet und die Aktionsfähigkeit und Schlagfertigkeit erhöht werden.

Und dies ist notwendig und Vorbedingung, wollen wir in den kommenden schweren Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit bestehen.

Soziale Zulagen!

Wenn man die Versammlungsberichte der einzelnen Zahlstellen unseres Berufes aufmerksam durchliest, so bemerkt man, daß bei Behandlung der Tarif- und Lohnfragen die „sozialen Zulagen“ der kritischste Punkt sind. Das Wort hat an sich einen guten Klang, nur sind seine Auswirkungen in der Praxis ungleich, da nur diejenigen ihrer teilhaftig werden, die in der „glücklichen“ Lage sind, verheiratet zu sein. Fast allgemein wird in den Resolutionen für die kommenden Verhandlungen ein Ausgleich verlangt, bezw. Abschaffung der Zulagen und dafür entsprechende allgemeine Lohnerhöhung. Der Grundton dieser Resolutionen ist immer wieder derselbe: der ledige Teil unserer Mitglieder, der bei den letzten Lohnverhandlungen leider leer ausgegangen ist, will mit Recht seine Interessen gewahrt wissen. Wir Verheirateten haben nun ebenfalls ein starkes Interesse an der künftigen Regelung dieser Angelegenheit. Wir haben jedenfalls die letzte Erhöhung unserer Löhne durch diese Beihilfen zur Entlastung unserer schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse sehr begrüßt, und wären noch lieber damit einverstanden gewesen, schon um des lieben Friedens willen, wenn dies in Gestalt einer allgemeinen Lohnerhöhung gekommen wäre. Nun aber ist der Schritt mit der sozialen Zulage und seinen üblichen Folgen getan. Wie soll nun der Ausgleich erfolgen? Ich nehme Bezug auf die Resolution der Zahlstelle Numa, worin verlangt wird: Fallenlassen der sozialen Zulage und dafür allgemeine Erhöhung der Verdienste um 50 bezw. 60 Proz. Das liest sich sehr schön und es könnte jeder damit einverstanden sein, wenn die nächste Lohnerhöhung so ausfiele. Ist aber nach den bisher gemachten Erfahrungen damit zu rechnen, zumal bei der heutigen Wirtschaftslage, wie unser Gauleiter in einer der letzten Zahlstellenversammlungen erklärte, sich die Verhandlungen immer schwieriger gestalten? Ich erinnere nur an die letzten Forderungen beim letzten Lohnabkommen. Es wurden wohl seinerzeit 50 Proz.

allgemein verlangt und was war der Erfolg? Den Fall gesetzt, bei den kommenden Verhandlungen würde die Forderung der Zahlstelle Numa zur Basis und es käme am Ende, was sicher anzunehmen ist, ganze 10 bis 20 Proz. (aber höchstens!) heraus, was wäre das für uns Verheiratete? Eine noch größere unsozialere Ungleichheit als die vorangegangene. Ich will hier mit einigen Beispielen und Zahlen aufwarten, und zwar gehe ich von den am schlechtesten Bezahlten unserer Industrie, den „sonstigen Arbeitern“ aus.

Also z. B.: Ein sonstiger lediger Arbeiter über 24 Jahre verdient in einer 48-Stunden-Woche in Klasse IIa 187,20 M., ein sonstiger Arbeiter, verheiratet mit zwei Kindern, dagegen einschließlich 49 M. sozialer Zulagen 236,20 M. Bei einer an Stelle der sozialen Zulagen eventuell tretenden 20 prozentigen allgemeinen Lohnerhöhung würde derselbe ledige Arbeiter 187,20 M. und 20 Proz. (37,44 M.) = 224,64 M. und der verheiratete ebensoviele verdienen, nur daß bei letzterem gegenüber seinem früheren Lohn ein Minus von 11,56 M. entstände. Ich will nur damit sagen, daß für die Verheirateten eine 20 prozentige Lohnerhöhung nicht eine Erhöhung, sondern ein Abbau bedeuten würde. Vergleicht man die Löhne mit dem Existenzminimum nach Kuczynski für Januar 1921, so ist das Verhältnis für den Verheirateten noch ungünstiger. Während es für den ledigen Arbeiter immerhin noch ein Plus von 32,20 M. ergibt, so ist bei den Verheirateten ein Minus von 86,80 M. zu verzeichnen. (Wenn auch das Existenzminimum für Groß-Berlin errechnet ist, so dürfte doch der Unterschied nicht allzu groß sein.)

Jedenfalls kann sich der Verheiratete nicht einmal das Allerniedrigste für sich und seine Familie kaufen. Selbst bei einer künftigen 60 prozentigen Lohnerhöhung würde der Lohn dieses Arbeiters erst 299,52 M. betragen und somit das jetzige Existenzminimum noch nicht einmal erreichen. Wenn also die Abschaffung der sozialen Zulagen gefordert werden sollte, dann darf dies nicht auf Kosten der Verheirateten geschehen, sondern es muß mindestens die eingangs erwähnte Forderung der berechnenden Zahlstelle Wirklichkeit werden. Uebrigens, da die sozialen Zulagen nicht nur den Porzellanarbeitern, sondern schon seit langer Zeit den Staats- und Kommunalbeamten und Angestellten und in jüngster Zeit auch anderen Beamten- und Arbeiterkategorien in Industrie und Bergbau gezahlt wird, müßte die Frage von den Gewerkschaften für alle organisierten Arbeiter einheitlich geregelt werden, damit Härten verschwinden.

Willy Hertel, Zahlstelle Zwidau i. Sa.

Das Betriebsrätegesetz.

Der § 72 des B.-M.-G. besagt:

„In Betrieben, deren Unternehmer zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind und die in der Regel mindestens 300 Arbeitnehmer oder 50 Angestellte im Betriebe beschäftigen, können die Betriebsräte verlangen, daß den Betriebsausschüssen oder, wo solche nicht bestehen, den Betriebsräten alljährlich vom 1. Januar 1921 ab nach Maßgabe eines hierüber zu erlassenden Gesetzes eine Betriebsbilanz und eine Betriebsgewinn- und -verlustrechnung für das verflossene Geschäftsjahr (spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert wird.“

Im „Reichsgesetzblatt“, Nr. 17/1921, ist das „Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und -verlustrechnung“ nunmehr veröffentlicht worden, das folgenden Wortlaut hat:

§ 1. Die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 („Reichsgesetzblatt“ S. 147) vorzulegende Betriebsbilanz muß nach den für das Unternehmen geltenden gesetzlichen Bilanzgrundsätzen die Bestandteile des Vermögens und der Schulden des Unternehmens derart ersichtlich lassen, daß sie für sich allein und unabhängig von anderen Urkunden eine Uebersicht über den Vermögensstand des Unternehmens gewährt. Das dem Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unternehmers bleibt hierbei außer Betracht.

§ 2. Zur Erläuterung der Betriebsbilanz ist über die Bedeutung und die Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben. Die Auskunft muß sich auf die Unterlagen der Bilanz, wie: Inventar, Rohbilanz, Kontokorrentkonto, Betriebs- und Handlungsunkosten, gründen. Eine Verpflichtung zur Vorlegung von Bilanzunterlagen besteht nicht. Auf wesentliche Veränderungen, die im Geschäftsjahr vorgekommen sind, ist hinzuweisen. Sind Aktiva oder Passiva im Laufe des Geschäftsjahres aus dem Betriebsvermögen dem Nichtbetriebsvermögen oder aus dem Nichtbetriebsvermögen dem Betriebsvermögen zugeführt worden, so sind sie bei Vorlegung der Betriebsbilanz in einer besonderen Aufstellung auszuweisen.

Gehören zu einem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazugehörigen Betriebe gestattet, die Geschäftslage der einzelnen Betriebe erläutert werden.

§ 3. Das Recht, die Vorlegung und Erläuterung der Betriebsbilanz (§§ 1, 2) zu verlangen, steht neben den Einzelbetriebsräten auch dem Gesamtbetriebsrate zu.

§ 4. Auf die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vorzulegende Betriebsgewinn- und -verlustrechnung finden die Vorschriften der §§ 1 bis 3 entsprechende Anwendung.

§ 5. Die Vorlegung und Erläuterung einer Betriebsbilanz sowie einer Betriebsgewinn- und -verlustrechnung können erstmalig für das letzte vor dem 1. Januar 1921 abgelaufene Geschäftsjahr verlangt werden.

§ 6. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1921 in Kraft.

Berlin, den 5. Februar 1921.

Der Reichspräsident.
Ebert.

Der Reichsminister der Justiz.
Dr. Heinze.

Im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, sowie auch im Reichstag ist es den Arbeitervertretern trotz lebhaftem Bemühen nicht gelungen, das Gesetz so zu gestalten, wie es den Interessen der Arbeiterschaft entsprechend sein mußte. Der Widerstand der Unternehmer gegen das ganze Gesetz spricht aus jeder Zeile.

Die Bestimmung im § 2: „Eine Verpflichtung zur Vorlegung von Bilanzunterlagen besteht nicht“, besagt alles.

Die Betriebsräte sollen eben so wenig wie möglich Einblick in die Profitwirtschaft gewinnen. Wir empfehlen unseren Kollegen trotzdem, von dem Recht Gebrauch zu machen und den Betriebsräten die Bilanzen vom abgelaufenen Geschäftsjahr vorlegen zu lassen.

Von der Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien.

Der britische Keramarbeiterverband (Amalgamated Society of Male and Female Pottery Workers) entstand im Jahre 1906 durch Zusammenschluß mehrerer bis dahin selbständig gewesener Branchenvereine. Die Mitgliederzahl war bei der Gründung 3000, nämlich 2560 Männer und 440 Frauen. Im Jahre 1908 wurden 6060 männliche und 1008 weibliche Mitglieder gezählt. Dann folgte ein Rückschlag und 1910 waren nur noch 4166 Mitglieder vorhanden, darunter 248 weibliche. Ein neuerlicher Aufschwung trat bald ein und im Jahre 1914 war die Mitgliederzahl auf über 8000 gestiegen. Die Aufwärtsbewegung hielt während des Krieges an, der Verband gewann, namentlich durch die Organisierung der weiblichen Arbeitskräfte, bedeutend an Stärke und Ende 1918 waren 32000 Mitglieder vorhanden, nämlich 12000 männliche und 20000 weibliche. Ende 1920 wurden 44974 Mitglieder gezählt, unter welchen die weiblichen wie vor dem eine starke Mehrheit bildeten.

Der Mitgliedsbeitrag stellt sich für Männer auf einen halben Schilling wöchentlich. Die weiblichen Mitglieder sind in zwei Klassen eingeteilt, in welchen die Wochenbeiträge 2 Pence oder 3 Pence ausmachen, wozu noch ein Extrabeitrag von 1 Penny für die Arbeitslosenkasse kommt. Innerhalb der Gewerkschaft haben männliche und weibliche Mitglieder durchaus gleiche Rechte. Die letzteren sind auch nicht von der Beschäftigung in irgendeinem Zweige der Keramikindustrie ausgeschlossen, obzwar die ungeschriebene Regel gilt, daß als Kapselküller und Glasierer, sowie beim Gießen schwerer Stücke nur Männer beschäftigt werden sollen.

Ein Übereinkommen zwischen der Gewerkschaft und dem Unternehmerverbande, das am 24. September 1920 abgeschlossen wurde, bestimmt, daß allgemein auf die Vorkriegslohnstufe ein Zuschlag von 66% Proz. zu zahlen ist, wozu noch ein weiterer Zuschlag von 25 Proz. der tatsächlichen Arbeitsverdienste kommt.

Da die Kosten der Lebenshaltung Ende Dezember 1920 (nach der Berechnung des Londoner Arbeitsministeriums) um 165 Proz. höher waren als im Juli 1914, entspricht die Lohnsteigerung in der Keramikindustrie nicht dem Maße der Preissteigerung, die Kaufkraft der Löhne ist also gesunken.

Der Geschäftsgang in dieser Industrie seit Kriegsende ist gut, die Zahl der arbeitslosen Mitglieder des Verbandes blieb im Jahre 1920 mit Ausnahme des Monats Oktober stets unter 1 Proz. zurück. Am 1. Oktober hatte der Streik der Kohlenbergleute umfangreiche Betriebsstörungen zur Folge, da es an Brennmaterial für die Industrie fehlte, gibt über die Arbeitslosigkeit Auskunft:

Monatsende	Zahl der Mitglieder	Davon arbeitslos überhaupt	Proz.
Oktober 1919	35 847	256	0,7
Februar 1920	38 106	50	0,1
Juni 1920	41 900	30	0,1
August 1920	43 465	40	0,1
Oktober 1920	44 400	22 033	49,6
November 1920	44 838	101	0,2
Dezember 1920	44 974	150	0,3

Die Mitgliederzahl aller in Großbritannien und Irland bestehenden Gewerkschaften nahm während des Krieges und nachher bedeutend zu. Ende 1913 wurden 4 173 000 Mitglieder gezählt, ein Jahr später 4 176 000, Ende 1915: 4 388 000, 1916: 4 669 000, 1917: 5 540 000, 1918: 6 645 000 und Ende 1919: 8 024 000. Die Zunahme war bis einschließlich 1916 mäßig, in jedem der drei folgenden Jahre aber machte sie nahezu 20 Proz. oder über 20 Proz. aus. Es ist zu beachten, daß die meisten Gewerkschaften ihre zum Kriegsdienst herangezogenen Mitglieder in den Listen weiterführten, so daß diese auch in den statistischen Ausweisen erscheinen. Wieviele Gewerkschaftler Kriegsdienst leisteten, ist nicht bekannt. Während sich die Gesamtmitgliederzahl von 1913 bis 1919 nicht ganz verdoppelte, hat sich die Zahl der weiblichen Mitglieder mehr als verdreifacht. In den Jahren 1917 und 1918 nahm diese um je 40 Proz. zu, 1919 aber nur mehr um 9 Proz. Da viele Arbeiterinnen, namentlich in den Verkehrsbetrieben, wieder durch Männer ersetzt wurden, ist wohl ein großer Teil von ihnen auch aus den Gewerkschaften ausgeschieden.

Die Gesamtmitgliederzahl verteilte sich Ende 1919 auf 1315 selbständige Organisationen. Trotz der in den letzten Jahren vorgekommenen Verschmelzungen ist die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Kräfte noch immer recht groß.

Auch in der Keramikindustrie bestehen neben dem großen Verbands noch fünf kleinere Vereine, von welchen jener der Brennhausarbeiter der stärkste ist. Alle sechs gewerkschaftlichen Organisationen in der Keramikindustrie zusammen hatten Ende 1918: 33 221 Mitglieder (darunter 20 454 weibliche) und Ende 1919: 40 377 Mitglieder (darunter 24 950 weibliche).

Aus unserem Berufe.

Düsseldorf. Streik bei den Vereinigten Kunstwerkstätten, G. m. b. H. Die Firma, welche zum größten Teil aus früheren Kollegen besteht, scheint jetzt einen eigenartigen Standpunkt einzunehmen. Am 12. Februar haben die Kollegen dort die Arbeit niedergelegt und sind in den Streik getreten, weil es unmöglich war, unter den bestehenden Verhältnissen weiterzuarbeiten. Systematisch wurde nämlich auf alle Art und Weise unser Verband bekämpft, besonders von dem Herrn Prinzipal Karl Dietrich, welcher vor etwas länger als einem Jahr noch einer von den Radikalsten der Radikalen war und zurzeit der Revolution mit dem Karabiner über die Straße rannte. Wir hatten es abgelehnt, mit Unorganisierten zusammen zu arbeiten und haben uns sechs Wochen mit einem Mädchen die größte Mühe gegeben, es für die Organisation zu gewinnen. Alle Aufnahmekarten wurden von dem Herrn Dietrich zerrissen. Die Firma hatte es soweit gebracht, daß die Kollegen rundweg erklärten, sie gingen in keinen Verband. Auch war es das Prinzip der Firma, allen, die neu anfangen, zu jagen, sich nicht zu organisieren, um so möglichst viele Unorganisierte in Arbeit zu bekommen. Da nun die betreffende Person immer Kollegen denunzierte und auch in allen Angelegenheiten sich auf Seiten der Firma stellte, mußten wir den Kampf auf dem schnellsten Wege aufnehmen, ehe es zu spät war. Wir bitten alle Zahlstellen, davon Kenntnis zu nehmen und sich mit Arbeitsangelegenheiten in der Figurenbranche nicht nach Düsseldorf zu wenden, da die Firma überall versucht, Arbeitskräfte aufzutreiben. Es gilt den Kampf um unsere Organisation. Die Zahlstelle Düsseldorf.

Reinhaus a. Rennweg. In Nr. 7 unserer „Ameise“ ist ein Artikel von der Zahlstelle Leipzig enthalten, der gewiß Mißtrauen und Unstimmigkeiten unter unseren Mitgliedern erwecken wird. Gewiß, auch wir geben zu, daß unsere Kampfkraft und Stärke zum größten Teil in der Finanzlage unserer Organisation liegt. Wir müssen aber doch die Dinge von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachten. Unsere Beiträge sind in letzter Zeit dauernd in die Höhe geschraubt worden. Während wir die schon hohen Beiträge von 3,20 Mk. und 4 Mk. zahlen, werden andere Organisationen jetzt noch mit einem Beitrag von 1 Mk. (? Red.) belastet. Eine Verdoppelung der Beitragsleistung würde unsere Mitgliederzahl um Tausende herabsetzen, auch die Errungenschaften in manchem gut organisierten Betriebe würden aus dem Leim gehen. Bis jetzt zahlen unsere Mitglieder die hohen Beiträge gerne, auch wenn in den meisten Betrieben unserer Industrie verkürzt gearbeitet wird. Ob aber dies bei Verdoppelung der Fall sein wird, lassen wir noch dahingestellt sein. Diese Frage stellen wir dem Hauptvorstand anheim; dieser soll entscheiden, ob wir fernerhin mit der jetzigen Beitragsleistung auskommen oder nicht. Vor allen Dingen müßten wir bestrebt sein: 1. sämtliche Berufsorganisationen zusammenzuschließen zu einem großen Ganzen, damit die Reibung in Bezug auf Beitragsleistung unter den uns nahestehenden Berufskollegen aufhört; 2. müßten wir die Funktionäre bestrebt sein, die Beiträge, dem Durchschnittsverdienst angemessen, restlos zu erfassen. Die Zahlstelle Leipzig schreibt vom Abbau oder Beseitigung der Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung. Diesem müssen wir entgegenhalten: Solange diese Unterstützungsarten nicht reichsgesetzlich voll geregelt sind, daß der kranke oder arbeitslose Arbeiter seinen vollen Wochenlohn erhält, ist von uns nicht daran zu denken, diese Unterstützung zu beseitigen. Die Zahlstelle Leipzig schreibt ferner: Mit der Tendenz, weitere Anstellung von Lokalbeam-

muß gebrochen werden. Diesem Ansinnen muß energisch entgegengetreten werden. Das System der Lokalbeamten soll nicht beseitigt, sondern muß noch mehr ausgebaut werden. Gerade die Thüringer Kollegen und Kolleginnen, die annähernd die Hälfte der Mitglieder unserer Organisation ausmachen, haben ein großes Interesse daran, das System beizubehalten. Aber nicht in Thüringen allein, in allen ländlichen Bezirken des Deutschen Reiches, wo unsere Industrie vertreten ist, gibt es noch sehr viel Arbeit in bezug auf Agitation und Aufklärung. Wir können diese ergoße Arbeit dem Hauptvorstand oder den Gauleitungen nicht allein den Hals werfen; beide müssen von derselben durch das Eingreifen unseres Lokalbeamten entlastet werden. Wir fordern deshalb alle Kollegen und Kolleginnen der ländlichen Bezirke unseres Berufes auf, Protest gegen das Ansinnen der Zahlstelle Leipzig zu erheben.

Osterode (Harz). Die Kollegen der kunstgewerblichen Betriebe hierselbst waren Anfang Februar in einen Streik getreten, der nicht von langer Dauer war. Unser Vorstandsmitglied, Kollege Karl, hat durch sein intelligentes, sachliches und geschicktes Eingreifen die Arbeitsaufnahme wieder die Wege geleitet, zum Teil nicht ohne Erfolg. Hierfür noch unseren Dank.

Es ist ein eigen Ding mit unseren kunstgewerblichen Betrieben. Sie sind zusammengewürfelt aus so und so viel Berufen und Organisationen, an denen sie zum Teil wie die Kletten hängen. 2. Wir als Hauptgruppe, Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes. Für uns ist der Reichstarif des P.-A.-V. nicht verbindlich; bei jedem Lohnabkommen muß erst ein Kampf geführt werden. Dieser Zustand herrscht natürlich in sämtlichen, für uns in Frage kommenden kunstgewerblichen Betrieben, deren Arbeitnehmer in dem größten Teil ohne Zweifel unserem Verband angeschlossen sind.

Da wir natürlich nicht zur feinkeramischen Industrie gehören, so ist unser Tarif nicht verbindlich; dieser Zustand ist selbstverständlich auf Dauer unhaltbar. Es muß doch m. E. ein Weg gefunden und angestrebt werden, der doch auch diese Mitglieder des Verbandes zu ihrem Recht führt, z. B. als Sektionsgruppe „Kunstgewerbe“ des P.-A.-V. einen Zusammenschluß anstrebt, der dieser Gruppe verwandter Arbeitnehmer tausende von Mitgliedern zuführen würde.

Ich weiß noch nicht, wie weit die Vorarbeiten des Kollegen A. Krebs in Berlin vorgeschritten sind; jedenfalls sollten alle für uns in Frage kommenden Zahlstellen der Aufforderung des Kollegen Krebs Folge leisten und es sich zur Pflicht machen, diese Anstrengungen zu unterstützen, und zwar voll und ganz. Wenn es jetzt nicht geschieht, so befürchte ich, daß es zu spät sein könnte.

Ist der Gedanke von den uns betreffenden Zahlstellen aufgegriffen und wird er ausgebaut, so dürfen wir auf Erfolg hoffen.

Wir fordern sämtliche Kollegen auf, uns zu helfen an diesem Aufbau. Werdet nicht gleichgültig, überlaßt es nicht nur denen, die immer machen. Nein, alle sollt ihr helfen, jeder!

Anlässlich unseres Streiks gingen für uns ein als freiwillige Unterstüßungen von der Zahlstelle Magdeburg-V. 300,— Mk., von den Kollegen der Firma Koch & Co., Magdeburg-V., 50,— Mk., und von den Kollegen aus Röttschenbroda 115,— Mk.

Allen Kollegen und Kolleginnen, die für die schnelle Hilfsaktion gewillt waren, sagen wir unseren besten Dank.

3. A.: Die Verwaltung der Zahlstelle Osterode, S.

Der Lohnvertrag von Peterwitz. Unter dieser Spitzmarke bringt die christliche „Keramarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 1 vom 13. Januar — die uns erst jetzt zu Gesicht kommt — eine Entgegnung auf die Notiz in Nr. 53 der „Ameise“ 1920 vom Kollegen, Gauleiter Griesbach. Die Richtigkeit der von Griesbach mitgeteilten Tatsachen wird nicht bestritten. Der Bezirksleiter des christlichen Keramarbeiter-Verbandes in Münsterberg hat in Rücksicht auf die angeblich mifflichen Vermögensverhältnisse der Firma Peterwitz die Arbeiter der Porzellanfabrik verpflichtet, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, als nach unserem Tarif notwendig war. Unser Gauleiter Griesbach hat dann veranlaßt, daß unser Reichstarif auch in Peterwitz in Geltung tritt.

Die Schriftleitung der „Ameise“ hat zu der Notiz des Kollegen Griesbach keinen Buchstaben hinzugesetzt. Das ist für jeden, der sehen will, aus der Notiz selbst ersichtlich. Am allerwenigsten aber ist unser Thüringer Gauleiter, Kollege Hoffmann, mit der Angelegenheit Peterwitz und der Notiz von Griesbach etwas zu tun. Und doch bemerkt nicht nur die Schriftleitung der „Ameise“, sondern auch Hoffmann in dieser Gelegenheit einen Seitenhieb ab. Vesterer deswegen, weil in Ordnung und mehreren anderen Orten in Thüringen unser Tarif auch nicht durchgeführt sein soll. So dumm ist doch auch die „Keramarbeiter-Zeitung“ nicht, daß sie nicht wußte, es handelt sich bei Peterwitz um Ohrdruf um zwei grundverschiedene Dinge, die in keinem Vergleich miteinander gebracht werden können. In Peterwitz liegt ein Verschulden des christlichen Bezirksleiters vor, das muß selbst die „Keramarbeiter-Zeitung“ zugeben. Wenn letztere meint, unserem Gauleiter Hoffmann ebenfalls ein Verschulden nachweisen zu können, dann soll sie ihr Material möglichst ausspacken. Wenn sie das aber nicht kann, dann ist bewiesen, daß sie den vollkommen unberechtigten und unbegründeten Angriff unternommen hat.

Der Streik in Tanzenbach ist, wie wir aus Thüringer Blättern ersehen, beendet. Ein Bericht hierüber ist uns nicht zugegangen.

Von den Porzellanarbeitern der Tschechoslowakei. Die Betriebskonferenz der Porzellanarbeiter Böhmens, die am 20. Februar in Alt-Plau stattgefunden, befahte sich mit der Ablehnung der Forderungen der beiden Unternehmerverbände. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird verlangt, daß über die aufgestellten Forderungen zwischen uns in Frage kommenden Organisationsleitungen ordnungsgemäß verhandelt wird. Mit der Ablehnung ihrer Forderungen ohne jede mündliche Verhandlung ist die Lohnbewegung für die Arbeiterschaft keinesfalls zugebilligt. Die Konferenz befahte sich dann noch mit einer anderweitigen Zielsetzung der Beitrags- und Unterstüßungssache im Verbands.

Die Wochenbeiträge sollen künftig betragen:

In Klasse V Verdienst bis zu 70 Kr.	1,50 Kr.
„ „ IV „ „ von 70—150 Kr.	2,50 „
„ „ III „ „ „ 150—220 „	3,50 „
„ „ IV „ „ „ 220—320 „	4,50 „
„ „ V „ „ „ über 320 Kr.	6,— „

Die Unterstüßung soll betragen in:

bei Streit		bei Arbeitslosigkeit	
Klasse I pro Woche	72 Kr.	Klasse I pro Woche	60 Kr.
„ II „ „	48 „	„ II „ „	42 „
„ III „ „	39 „	„ III „ „	33 „
„ IV „ „	30 „	„ IV „ „	24 „
„ V „ „	12 „	„ V „ „	— „

Dauer der Unterstüßung:

Nach 52 Wochenbeiträgen	4 Wochen
„ 104 „	6 „
„ 208 „	8 „
„ 312 „	10 „

Die neuen Beiträge usw. sind am 1. Februar d. J. bereits in Kraft getreten.

Ungünstige Ausichten der keramischen Industrie. Unter dieser Ueberschrift finden wir in der „Sächsischen Staatszeitung“ vom 6. Februar 1921, die uns leider erst jetzt zu Gesicht kam, folgende Auslassungen:

„Von den geschäftlichen Stockungen, die im letzten Jahre viele Industriezweige erlitten, blieb die keramische Branche fast gänzlich verschont, namentlich auch infolge der rechtzeitigen Vorbereitungen, die gegen die allgemeine Kohlennot durch teilweise Umstellung auf Holzfeuerung getroffen worden waren. Geheimrat Ph. Rosenthal, der als Vorsitzender des Verbandes keramischer Gewerke in Deutschland in engster Fühlung steht mit der gesamten deutschen keramischen Industrie, hat den „Münchener Neuesten Nachrichten“ nunmehr seine Ansicht über die Ausichten der keramischen Branche mitgeteilt, die allerdings wenig geeignet ist, hoffnungsvoll zu stimmen. Die Aufträge aus dem Auslande, namentlich den Ländern mit hoher Valuta, werden sehr klein. Viele ältere Aufträge werden zurückgezogen. Die Gründe sind, da die deutsche keramische Industrie nur in ausländischer Valuta verkauft, daß die Auslandskonkurrenz ebenso billig liefert wie wir. Die Zeiten, wo wir bessere Arbeitsbedingungen als das Ausland hatten, somit einen Vorsprung durch billige Preise besaßen, sind endgültig vorbei. Ständiges Wachsen unserer Löhne, erhöhte Steuern und sonstige Abgaben, wie überhaupt allgemeine Speiseverteuerung sind die Gründe. Das deutsche Volk, wie kein anderes der Erde, verstand es ehemals, sich Aufträge aus den entferntesten Ländern durch äußerst tüchtige und sprachgewandte Geschäftsreisende hereinzuholen. Auch dies ist den mittleren und kleineren Fabrikanten heutzutage einfach unmöglich, da die Speise eines solchen Reisenden beim derzeitigen Stande unserer Valuta viel zu hohe sind, um getragen werden zu können. Nach Ansicht des Geheimrats Rosenthal ist das Wichtigste, daß wir unsere Fabriken modernisieren, dahingehend, daß Handarbeit sparende Einrichtungen getroffen werden. Auch darin ist uns das Ausland voran, da Umbauten ungeheure Unkosten verursachen. Da die Differenz der Preise ausgeglichen ist, muß unsere keramische Industrie ihr Augenmerk vor allen Dingen auf höchste Qualitätsarbeit richten. Qualitätsware sei aber nur zu erzeugen, wenn eine Disziplin bei der Arbeiterschaft und den Angestellten besteht und der durch Tüchtigkeit bekannte Werkmeister die Autorität über seine unterstellten Arbeiter nicht verliert, wie dieses jetzt schon vielfach der Fall ist. Den deutschen Markt hält Geheimrat Rosenthal noch für aufnahmefähig, wie lange noch, ließe sich allerdings nicht beurteilen. Daß er aber nicht ganz hoffnungslos ist, geht andererseits daraus hervor, daß die Porzellanfabrik Ph. Rosenthal & Co., A.-G., deren Generaldirektor er ist, für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Gesamtgewinnanteil von 50 Proz. auf das im April vorigen Jahres verdoppelte Aktienkapital in Vorschlag bringt, somit ein Betrag an die Aktionäre verteilt wird, der dem gesamten früheren Aktienkapital entspricht. Ein so hoher Gewinnvorschlag würde sich kaum rechtfertigen lassen, wenn die Zukunft der ganzen Branche so untröstlich erscheint.“

Ein solcher Bericht aus der Feder eines scheinbar berufenen Vertreters unserer Industrie darf unserer Kollegenschaft nicht vorenthalten werden. Uns dünkt aber, daß diese Auslassungen des Herrn Geheimrats viel eher das Gegenteil von dem vermuten lassen, als was von ihm hineingelegt wurde. Mit Recht wird denn auch von der „Sächsischen Staatszeitung“ die Richtigkeit des Rosenthalschen Urteils angezweifelt. Würden die Schilderungen Rosenthals richtig sein, dann wäre bestimmt die Zeit gekommen, wo sich die öffentlichen Gewalten mit dem diesjährigen Abschluß speziell dieser Firma unserer Industrie etwas näher befaßen möchten. Der derzeitige Stand unserer Volkswirtschaft verträgt es einfach nicht, daß einzelne Industrien nach der Devise: „Nach uns die Sintflut“ arbeiten.

Doch einiges zum eigentlichen Inhalt der Veröffentlichung. „Die ausländische Konkurrenz liefert ebenso billig wie wir.“ Dem Schreiber dieses liegen für unsere Erzeugnisse keine Zahlen vor. Im allgemeinen sagen uns aber die Nachrichten aus den außerdeutschen Ländern etwas anderes. Wir sind ja nicht die einzige Industrie Deutschlands, die ihre Ausfuhr mit ausländischer Valuta berechnet. Stimmen aber die Schlussfolgerungen des Generaldirektors Rosenthal, dann dürfte ja gerade unsere Industrie nicht allzu sehr von der jetzt überall im Ausland verlangten „Antidumping-Gesetzgebung“ bedrängt werden. Mit etwas mehr Liebe und Hingebung für die Industrie dürfte es auch jetzt noch gelingen, das Interesse für unsere Erzeugnisse im Ausland wachzuhalten. Sientemal ganz Deutschland sehnt sich ja nach einer Besserung und vor allem Stabilisierung seiner Valutaverhältnisse, weil erst dann an eine wirkliche Gesundung unserer Wirtschaft gedacht werden kann, und da muß schon auch von einzelnen sich im Vorteil befindlichen Industrien oder gar Industriellen verlangt werden können, sich für ihren „jährlichen Verdienst“ wieder etwas mehr zu betätigen, als wie es in den Jahren 1919 und 1920 nötig war. Als die Abschlüsse von 1919 vorlagen, wurde dem Schreiber dieses vom Leiter eines größeren Werkes gesagt: „Die Abschlüsse von 1919 dürfen Sie der Beurteilung der Lage unserer Industrie nicht zugrunde legen, denn ein derartig günstiges Jahr kehrt niemals wieder.“ Jetzt sehen wir eine weitere, zum Teil beträchtliche Steigerung der Gewinne.

Der Hinweis auf das deutsche Volk von ehemals gefällt uns. Wir wissen, daß Deutschland vor dem Kriege als „Werkstelle der Welt“ betrachtet werden konnte. Wir wissen aber auch, daß Deutschland dies auch in Zukunft wieder werden kann, wenn die Tätigkeit aller wirklich Arbeitenden ehrlich gewertet wird.

Der Herr Geheimrat fürchtet ja auch mehr für die kleineren und mittleren Betriebe. Ob letztere von der Ehrlichkeit dieses Wohlwollens sich überzeugt fühlen werden, möchten wir bezweifeln, haben aber weniger Interesse daran.

Der Hinweis auf die ständig steigenden Löhne der wirklich Schaffenden bedingt angesichts des oben erwähnten Abchlusses der Firma Rosenthal immerhin etwas Mut. Unsere Kollegen aus dem in Frage kommenden Vertrieb werden vielleicht einen anderen Ausdruck finden.

Ein großes Interesse haben wir aber an dem von Herrn Geheimrat hervorgehobenen Problem der Qualitätsarbeit. Dabei meinen wir, daß es besser gewesen wäre, wir hätten überhaupt nicht aufgehört, Qualitätsarbeit zu erzeugen, als erst jetzt, wo wir Gefahr laufen, das Ausland wieder als Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu treffen, dazu zu ermahnen. Und es gehört nicht nur Mut, sondern eine ziemliche Stirn dazu, der Öffentlichkeit zu unterbreiten, daß mangelnde Disziplin unserer Kollegen Qualitätsarbeit verhindert. Wo sitzen denn die eigentlichen Sünder auf diesem Gebiet? Nicht eine mangelnde Disziplin unserer Kollegen stand der Herstellung von Qualitätserzeugnissen entgegen, sondern schändliche Gewinnsucht vieler Unternehmer und die dadurch bedingte rücksichtslose Ausnutzung der Konjunktur. Konnten wir nicht vor etlichen Wochen erst lesen, daß die Preise für Ausschußware 20 bis 30 Proz. herabgesetzt wurden? Was bedeutet dies? Es wäre interessant, festgestellt zu sehen, wie hoch die Ausschußware prozentual an der gesamten Produktion der Nachkriegszeit partizipiert. Vor dem Kriege sollen es nach den eigenen Angaben der Industrie 5 Proz. gewesen sein. Heute dürfte in manchen Betrieben dieser Satz mit 10 multipliziert werden müssen. Zu dieser Ansicht muß man kommen, wenn man sich vor Augen hält, daß sogar an langjährige Abnehmer bei manchen Sendungen nicht ein Stück Qualitätsware verabfolgt wurde. Oesters wurde der Schreiber dieses gerufen, um sich von der „Qualitätsware“ unserer Industrie überzeugen zu können. Und wenn das Ausland dieselben Erfahrungen hat machen müssen, dann kann man allerdings verstehen, daß nunmehr, nachdem doch jedenfalls der Heißhunger etwas gestillt sein wird, das Ausland Zurückhaltung übt. Bis vor kurzem war ja jeder, der unsere Erzeugnisse gebrauchte, auf die Gnade unserer Unternehmer angewiesen. Wie empörend muß es wirken, wenn Abnehmer vor dem Kriege überlaufen wurden und sie heute von denselben Unternehmern bei Nachfrage nach Erzeugnissen wie Bettler behandelt und abgefertigt werden.

Alles dies haben unsere Kollegen mit wachsendem Ingrimm verfolgt, und sie lehnen es ab, für diese Schleuderei verantwortlich gemacht zu werden. Die Gelegenheit, mühelos ungeheure Gewinne einstecken zu können, verleitet zur Benutzung minderwertiger Rohstoffe und diese bilden die Ursache der mangelnden Qualität unserer Erzeugnisse der Nachkriegszeit. Nur wenige Betriebe sind nicht in diesen Fehler verfallen. Uhlmann.

Bermischtes.

Arbeiterkämpfe in Luxemburg. Folgendes Telegramm ist am 4. März beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eingegangen:

Arbeiterklasse Luxemburgs steht seit 1. März in schweren Abwehrkämpfen gegen Arbeiterentlassungen und Lohnabbau. Fordert Verkürzung der Arbeitszeit und Produktionskontrolle. Abwehrkampf allgemein. Erwarten, daß Vorstand alle Verbände verständigt. Bezug nach Luxemburg fernhalten!

Gewerkschaftskommission. Prier.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine verzeichnet für das letzte Geschäftsjahr — die Statistik umfaßt im allgemeinen den Zeitraum vom 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920, in wenigen Fällen vom 1. Oktober 1919 bis 30. September 1920 — eine noch nicht dagewesene Entwicklung. Trotz zahlreicher Verschmelzungen hat sich die Zahl der angeschlossenen Konsumgenossenschaften von 1132 auf 1228 erhöht. Zur Statistik berichteten 1199 Konsumgenossenschaften mit 2714109 Mitgliedern gegen 1088 Konsumgenossenschaften mit 2308407 Mitgliedern im Vorjahre. Der Mitgliederzuwachs beträgt also mehr als 400 000.

Der Umsatz ist von 1074 Millionen Mark auf 2801 Millionen Mark gestiegen. Da aber ein durchschnittliches Geschäftsjahr in Frage kommt, das am 30. Juni 1920 beendet war, so kommt die Wirkung der Geldentwertung ebenso wie das Vorhandensein größerer Warenmengen in der dadurch hervorgerufenen Erhöhung des Umsatzes nur teilweise zum Ausdruck.

Versammlungsberichte.

Althaldensleben. Die Versammlung vom 14. Februar war gut besucht. Im 1. Punkt verliest der Vorsitzende ein Rundschreiben vom Hauptvorstand betreffs unseres jetzigen Lohnabkommens. Anschließend gibt der Kassierer den Ertrag des gesammelten Wahlfonds (1100,51 Mk.) bekannt.

Im 2. Punkt, Kartellbericht vom 6. Februar 1921, berichtet Kollege L. Schulze in ausführlicher Weise. Zur Anstellung eines Lokalbeamten stimmt die Versammlung der Anstellung zu.

Punkt 3, Stellungnahme zum Lohnabkommen. Es wurde beschlossen, die Ausarbeitung des Lohnabkommens den Betriebsräten und der Verwaltung von Alt- und Neuhaldensleben zu überlassen.

Punkt 4, Anträge und Beschwerden. Die Kollegen in Elmshorn, Magdeburg und Neuhaldensleben werden in Magdeburg eine gemeinsame Sitzung abhalten. Von Neuhaldensleben ist als Obmann zu dieser Beratung Kollege Erbing bestimmt. Den arbeitslosen Kollegen der Gewerkschaft werden in Magdeburg eine Unterstützung von je 100 Mk. zuteil, wobei durch den Antrag zwecks Ertragsbeitrag befreit werden soll. Der Antrag ist abgelehnt.

Im Punkt 5, Bericht über die Tätigkeit des Kartells, berichtet Kollege Schröder seinen Dank aus über die Tätigkeit des Wahlfonds. Sodann wird noch von dem Kartell über die mangelhaften Zustände im Arbeitsnachweis geredet. Es wird die endgültige Entlassung von Frauen, deren Männer in den Betrieben beschäftigt sind, worüber sich eine Kommission bilden soll, beschlossen.

Kollege G. Schmidt beantragt in Anbetracht der besonders traurigen Lage der Frau Bode, eine Sammelhilfe in den Betrieben herum-

gehen zu lassen; dem wurde zugestimmt. Vor Schluß der Versammlung äußert sich der Vorsitzende über das ungenügende Verständnis bez. den Zweck der Kontrollkarten, und wird hierüber in der nächsten Versammlung ausführlicher Bericht erstattet.

Berlin-Charlottenburg. In unserer letzten gutbesuchten Zahlstellenversammlung vom 23. Februar — stattgefunden in der Speiseanstalt der Staatlichen Porzellanmanufaktur — fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Zahlstelle Berlin-Charlottenburg ist mit dem abgeschlossenen Reichstarif nicht einverstanden. Sie verlangt den Ausbau der sozialen Zulagen nicht nur auf Frau und Kinder, sondern auch auf alle diejenigen Kollegen, die Vater, Mutter oder sonstige Familienmitglieder zu ernähren haben.“

Der Vorstand wird hiermit beauftragt, bei den nächsten Verhandlungen in diesem Sinne zu wirken.“

In der der Resolution vorausgegangenen Aussprache versuchte ein Redner im kommunistischen Sinne verschiedene Verhandlungsmöglichkeiten zu kritisieren, mußte sich aber damit begnügen, daß die Versammlung seine „Kritik“ glattweg ablehnte.

Dresden und Umgegend (Mitgliedschaft Dresden). Am 18. Februar fand die Jahreshauptversammlung der Zahlstelle statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahres- und Kassenbericht vom Jahre 1920 2. Gewerkschaftliches.

Der Kollege Vogel bedauerte bei der Eröffnung der Versammlung, daß die Angehörigen der Steingutindustrie so schwach in der Versammlung vertreten seien.

Kollege Uhlmann nahm nunmehr das Wort zu seinem Bericht. Er bemerkt einleitend, daß er eigentlich die Absicht hatte, wie in früheren Jahren auch für 1920 einen gedruckten Bericht herauszugeben, die Verwaltung glaube aber, infolge der hohen Papierpreise dem nicht zustimmen zu können. Zum Bericht selbst führte letzterer ungefähr folgendes aus: Das Jahr 1920 sei unstrittig für alle Kollegen unserer Bezirks ein Jahr des Erfolges gewesen. Dieses haben wir neben der guten Konjunktur in erster Linie der endlich hergestellten organisierten Einheitsfront zu verdanken. Festhalten müssen wir vor allem die sich im April notwendig gemachten Sonderverhandlungen im Bezirk. Erst durch diese erreichten wir, daß die Grundlöhne aller unserer Kollegen den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen im Bezirk entsprechend gestaltet wurden. Die damaligen Verhandlungen in den einzelnen Betrieben drohten wiederholt gefährdet zu werden durch die Anweisungen des Arbeitgeberverbandes an seine Mitglieder. Doch die wirtschaftlichen Verschiebungen zuungunsten Sachsens traten am Schluß des ersten Quartals derartig kraß in Erscheinung, daß man schließlich in allen Betrieben die Berechtigung unserer Forderungen anerkennen mußte. Die von den folgenden zentralen Lohnverhandlungen gebrachten Lohnaufbesserungen wurden nunmehr an die neuen Grundlöhne geschlagen, so daß wir konstatieren können, mit der Entlohnung der Arbeiterschaft anderer in Sachsen ansässiger Industrien Schritt gehalten zu haben. Auch in den nichtorganisierten Betrieben des Bezirkes konnten wir unsere Forderungen durchbringen. Die oben erwähnte günstige Konjunktur hält im allgemeinen noch an. Nur die reinen Veredelungsbetriebe leiden seit Juni unter einem großen Mangel an Arbeitsmöglichkeit. Dadurch sind gerade unsere qualifizierten Arbeitskräfte erwerbslos geworden. Hier kommt aber nicht nur Mangel an Aufträgen in Frage, sondern eine rücksichtslose Ausnutzung der Konjunktur seitens der Industrie. Wie das Jahr 1921 verlaufen wird, ist heute noch von niemandem zu erkennen. Der aufmerksame Beobachter sieht aber heute schon, daß weite Kreise des Unternehmertums ihre Zeit wieder gekommen glauben. Wenn wir auch nicht bestreiten können, daß während des Januar einzelne Preisentzungen vorgenommen wurden, so können wir keineswegs unsere Zustimmung zu einem schon jetzt eintretenden Lohnabbau geben. Wenn nicht alles trügt, wird das Arbeiten im laufenden Jahre ein noch bedeutend schwierigeres werden als im vergangenen Jahr. Deshalb ist ein restloses Aufgehen in der Arbeit für unsere Organisation Pflicht eines jeden unserer Kollegen.

Die Bewältigung der Jahresarbeit erforderte eine immense Tätigkeit der Verwaltung und des Geschäftsführers. Es fanden statt Mitglieder-, Betriebs- und Branchenversammlungen 101, Sitzungen der Verwaltung und verschiedener Kommissionen 19, Konferenzen 3. Weiter war Kollege Uhlmann beteiligt an 19 Sitzungen des Kartells und der Bevollmächtigten vom Plake, an 8 Sitzungen mit Behörden in 18 Fällen als Mundwart oder Beisitzer an Gerichten, Schlichtungsausschüssen und Gauschiedsamt, 1 Vorstandssitzung und 3 zentrale Tarifverhandlungen. Verhandlungen in den Betrieben des Bezirkes fanden 41 statt, dazu kommen 2 Kollektivbesprechungen mit den Unternehmern, 1 Versammlung für den Gau und eine dreitägige Tätigkeit als Schiedsgerichtsbeisitzer in einer anderen Industrie.

An Postausgängen waren 1366 zu verzeichnen.

Die Mitgliederbewegung ergibt folgendes Bild: Bestand am 1. Januar 1920 1206, eingetreten sind 368, zugereist 6, übergetreten aus anderen Organisationen 989, vom Militär zurück 13, zusammen 2582 Mitglieder. Davon sind im Berichtsjahr gestrichen 9, abgereist 11, gestorben 9, freiwillig ausgetreten 197, zusammen 226 Mitglieder. Bestand am 31. Dezember 1920 demnach 2336, davon 157 männliche und 806 weibliche. Dieselben verteilen sich auf folgende Berufsgruppen: Gestaltung 425 männliche, 92 weibliche; Veredelung 364 männliche, 315 weibliche; Angelernte 630 männliche, 358 weibliche; Ungelernte 110 männliche, 87 weibliche; Unvollständige 4 männliche; Lehrlinge 8 männliche, und Angestellte des Verbandes 2 Mitglieder. Die Durchschnittsmittelgliederzahl betrug 2049.

Der Kassenabluß ergibt eine Gesamteinnahme von 209 160,22 Mk. Die Ausgabe betrug 187 872,17 Mk., davon wurden 131 000,00 Mk. der Hauptkasse überwiesen. Bestand am 31. Dezember 1920 21 288,74 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 61 542,82 Mk., die Ausgaben 46 340,49 Mk., so daß ein Bestand von 15 202,33 Mk. vorhanden ist. Insgesamt wurden 89 263 Beitragsmarken verkauft — Die Krankenstatistik ergibt 263 Fälle mit 4839 Unterstützungen.

In der lokalen Sterbeunterstützungskasse war am Schluß des Jahres ein Bestand von 196,65 Mk.

Kollege Dsang berichtet im Namen der Revisoren, daß bei allen Revisionen alles in bester Ordnung gefunden wurde und beantragt, dem Geschäftsführer Entlastung zu erteilen. Dies geschah.

In der Debatte verlangt man unter anderen, daß für die Male Sterbefälle Beiträge und Unterstützung erhöht werden, und daß für die Klasse kurze Satzungen herausgegeben werden. Dazu werden einige Anträge gestellt und von der Versammlung angenommen.

Der Vorsitzende widmet unserem Geschäftsführer Worte der Anerkennung und des Dankes und bezweifelt, daß dieser die gesamte Arbeit noch lange allein machen kann.

Unter „Gewerkschaftliches“ behandelt Uhlmann zwei ihm zugegangene Schreiben, aus denen zu ersehen ist, daß die Angestellten unserer Industrie sich in einem gewissen Gärungsprozess befinden. Unsere Dresdener Kollegen stehen der ganzen Bewegung recht kühl gegenüber.

Die Mitteilung des Geschäftsführers über zwischen ihm und einem Lehrer der Ostwaldschen Farbenlehre stattgefundenen Verhandlung wird von dem Malerkollegen freudig aufgenommen und ersterer beauftragt, einen Kursus abhalten zu lassen.

Elsterwerda. In unserer letzten Zahlstellenversammlung machte der Vorsitzende nach der Eröffnung darauf aufmerksam, daß wir in einer sehr ernsten Zeit leben und wies dabei auf die bevorstehenden Wahlen zum Preussischen Landtage hin. Der Kartellbericht wird erinnerungslos zur Kenntnis genommen. Ferner wurde auf die bevorstehenden Wahlen zum Betriebsrat hingewiesen, wobei es gelte, die richtigen Kollegen an diese verantwortungsvollen Plätze zu stellen. Zushriften vom Hauptvorstand werden zur Kenntnis genommen und vom Vorsitzenden erläutert. Dann wird noch die Aufforderung an die Kollegen gerichtet, zum Bau eines Kriegerdenkmals nichts beizutragen. Die Arbeiter ehren ihre gefallenen Brüder in anderer Form und nicht durch Denkmäler. Sodann wurden noch Erklärungen gegeben über die Produktionsgenossenschaft in Halle, ein Unternehmen zur Aufklärung der ärmeren Volksschichten.

Frauenth. Wie immer, so hatte auch die letzte Zahlstellenversammlung vom 19. Februar, trotz reger Aufforderung und guter Erregung, einen mäßigen Besuch.

Bevor man zur Tagesordnung übergeht, gedenkt der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Oswald Schönfeld, und bittet die Anwesenden, sich zu Ehren desselben von den Plätzen zu erheben.

Es wird dann Kenntnis genommen von den Verhandlungen mit der Direktion betreffs der Wohlfahrtspflege. Da sich die Direktion in dieser Sache ablehnend verhält, sehen sich die Arbeiter in ihren Rechten schmälert. Es soll mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht werden, die gerechten Ansprüche der Arbeiter zu einem günstigen Abschluß für dieselben zu bringen. Die allgemeine Entrüstung der Arbeiter in dieser Angelegenheit ist nur zu berechtigt. Glauben die Herren Unternehmer, daß nur der Arbeiter dazu da ist, die Worte von seine: „Wer nur wenig hat, dem wird auch das wenige genommen“ auf sich zu beziehen?

Unter Punkt „Allgemeines“ beschwert sich der Kassierer über die Nachlässigkeit der Mitglieder betreffs Meldung, wenn sie vom Arzt krank geschrieben sind. Er zahlt in Zukunft nur von dem Tage an Krankengeld, wo sich der Betreffende meldet. Mißbilligend spricht sich die Versammlung über das Verhalten des Kollegen Harbisch aus, welcher sich trotz wiederholter Aufforderung weigert, anvertrautes Eigentum des Verbandes an seinen Nachfolger abzugeben. Zur Befriedigung der allgemeinen Geselligkeit kommt aus der Versammlung der Wunsch, die Zahlstelle möchte sich in dieser Sache etwas mehr betätigen und ein kleines Vergnügen veranstalten. Mit der Bitte an alle Mitglieder, die Versammlungen reger denn je zu besuchen, schließt der Vorsitzende die Versammlung um 11 Uhr.

Röslau. Unsere am 24. Februar tagende Zahlstellenversammlung nahm Kenntnis vom letzten Lohnabkommen. Dieses wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Unser 3. Punkt, „Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen“, gab folgendes Resultat: Die heutige Versammlung schließt sich dem Beschluß Schwarzenbachs auf eine 50prozentige Lohnerhöhung an. Zu ergänzen: Unter Beibehalten der sozialen Zulage sind für das dritte Kind und jedes weitere 15 Mk. zu zahlen, sowie daß die Zeitlohnarbeiter einer Berücksichtigung bedürfen. Punkt „Verschiedenes“: Erhöhung der Kartellbeiträge von 30 Pf. auf 50 Pf. Zum Schluß appelliert die Versammlung wiederum an die Fabrikarbeiter, endlich in unsere Reihen überzutreten.

Rudolstadt. Die am 24. Februar stattgefundenen Zahlstellenversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Ungefähr 400 Kollegen und Kolleginnen waren erschienen; galt es doch, über den neuen Tarif zu verhandeln. Bevor dazu übergegangen wird, gaben die Kollegen Berger, Paul, Weigelt und Merkel einen ausführlichen Bericht von den Kartellitzungen. Als wesentliche Punkte sind hervorzuheben, daß der Beitrag vom 1. Januar ab 1 Mk. beträgt. Den streikenden Holzarbeitern sind 100 Mk. bewilligt worden, desgleichen sollen Sammellisten in allen Fabriken zirkulieren. Möge jeder nach besten Kräften geben. Gegen die zehn Genossen bei der Kartoffelbeschlagnahme ist Strafantrag gestellt. Dazu soll als Rechtsbeistand Dr. Herzfeld (Berlin) fungieren. Den Kassenbericht vom 4. Quartal gab Lokalbeamter Siegel: Einnahme 11 189,37 Mk., Ausgabe 9292,60 Mk., Bestand 1896,77 Mk. Mitglieder am Schluß 630 männliche, 379 weibliche, zusammen 1009 Mitglieder. Die Revisoren befanden, alles in bester Ordnung gefunden zu haben, worauf Decharge erteilt wird. Weiter wird bekanntgegeben, daß die Mitglieder ihrem Verdienst entsprechend Beiträge zu zahlen haben und den Verband mehr als Kampforganisation und nicht als Unterstützungskasse ansehen sollen.

Über den neuen Tarif entspinnt sich eine längere Debatte, deren Sinn dahin geht, den am 31. März ablaufenden Tarif zu kündigen und höhere Forderungen aufzustellen, um unsere Lebenslage besser zu gestalten. Die Unternehmer können zahlen, was die Bilanzen der Aktiengesellschaften beweisen. Folgende Resolution ist eingegangen: „Die am 24. Februar stattgefundenen Versammlung der Porzellanarbeiter spricht ihre Unzufriedenheit zu dem letzten Tarifabkommen aus und erwartet von den nächsten Tarifverhandlungen eine entschiedene Aufbesserung unserer Löhne, damit wir in unserer Lebenslage nicht noch weiter heruntergedrückt werden. Wir erheben zur Forderung:

weiteren Ausbau der sozialen Zulage, ferner: wieder Gleichstellung der Luxusbranche mit der Geschirrabzweig und einen Ausgleich der Unterschiede zwischen den Löhnen der sonstigen Arbeiter und der Sacharbeiter. Die Bilanzveröffentlichung der ältesten Volkstheater Luxusfabrik beweist uns, daß für die Arbeiter bessere Löhne gezahlt werden können. Bei Einschränkungen der Arbeitszeit erwarten die davon Betroffenen, daß die Firmen dafür eine Entschädigung leisten.“

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Ueber die Entlassung der Frauen, wo der Ernährer vollbeschäftigt ist, gibt der Vorsitzende genaue Aufklärung. Zum Schluß wird noch bekanntgegeben, daß die gesetzlichen kirchlichen Feiertage zu bezahlen sind.

Schauberg. In der am 25. Februar stattgefundenen Monatsversammlung fand u. a. eine rege Aussprache über die hiesigen mißlichen Betriebsverhältnisse statt. Daß der Betrieb nach 1½jährigem Bestehen nach keiner Richtung hin klappen will, scheint, wie die Meinung der im Betriebe alt gewordenen Arbeiter ist, im Fehlen eines Fachmannes zu liegen. Die übrigen Reibereien und Unzuträglichkeiten, die hauptsächlich in Stanzerei und dazu gehörigen Abteilungen vorkommen, die in letzter Zeit für beide Parteien fast unerträglich wurden, haben hauptsächlich ihre Ursache im Gebaren des Oberstanzers Ferdinand Karl aus Judenbach. Schon wurde er einmal ob seines Verhaltens gewarnt. Die Arbeiter sind überzeugt, daß, wenn er in seiner Tätigkeit als Vermittler zwischen Arbeiter und Firma mehr bei der Wahrheit bliebe, in Verdrehungskünsten weniger leisten würde, sich manches vermeiden ließe, und er sich die verloren gegangene Achtung allmählich wieder erobern könnte. Auf Einzelheiten seines Treibens sei heute noch einmal verzichtet. Möge er aber allen Ernstes mit sich zu Räte gehen. Anderenfalls möge er bedenken, daß er durch sein charakterloses Verhalten sich selbst den Boden untergräbt und sich nicht zu wundern braucht, wenn die gereizte Arbeiterschaft Mittel und Wege ergreift, um sich seiner zu entledigen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde über den Antrag der Leipziger Kollegen in Nr. 7 der „Ameise“ gesprochen. Obwohl die Begründung des Antrages im ganzen anerkannt wird, können wir uns mit Punkt 1 und 3 ihres Antrages nicht ganz einverstanden erklären. Die Leipziger Kollegen scheinen nur ihre Verhältnisse beachtet zu haben. Denn die kleinen ländlichen Betriebe (wie sie im Bezirk Teuschnitz sind), die alle in Klasse 2b oder 3 hängen (zu Unrecht), behalten gegenwärtig von ihrem Lohn keinen Pfennig übrig. Bei einer Verdoppelung der Beiträge würden wir hauptsächlich bei den Jüngeren auf Widerstand stoßen und die Gefahr herbeischaffen, diese zu verlieren. Dieses soll doch soviel wie möglich vermieden werden. Etwaige Maßnahmen sollten deshalb mit Vorsicht getroffen werden.

Zu Punkt 3 der Leipziger Resolution müssen wir feststellen, daß gerade die Zahlstellen des nördlichen Oberfrankens in bezug auf Beratung und Belehrung von Seiten ihres Gauleiters geradezu vernachlässigt werden. Dies liegt nur im viel zu groß bemessenen Wirkungsbereich desselben. In größeren Zahlstellen sind im Bedarfsfalle immer mehrere fähige Köpfe vorhanden, während bei kleineren und kleinsten dies nicht immer der Fall ist. Deshalb haben wir uns schon des öfteren gesagt, nur durch den Zusammenschluß der Zahlstellen des Frankenwaldes kann diesem Uebel abgeholfen werden.

Des weiteren protestierten die jüngeren Mitglieder gegen den unzureichenden Lohn und das Unverständnis der Arbeitgeber gegenüber der wirtschaftlich schlechten Lage der Arbeiter. Es wurde deshalb die Verbesserung des hiesigen Betriebes in Klasse 2a beantragt. Anderenfalls müßten besser wirkende Mittel ergriffen werden.

Nachdem noch „Verschiedenes“ behandelt wurde, ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder zum straffen Zusammenhalten und schloß die Versammlung.

Tirschenreuth. In der am 18. Februar stattgefundenen Zahlstellenversammlung erstattete unser Gauleiter Bredow Bericht über unser letztes Lohnabkommen. Die Diskussion war sehr reger und findet in nachstehender, einstimmig angenommener Resolution ihren Ausdruck:

Die am 18. Februar stattgefundenen Zahlstellenversammlung kann sich mit den beim letzten Lohnabkommen erreichten sozialen Zulagen nicht einverstanden erklären. Ein großer Teil der Arbeiterschaft, Witwer mit eigener Haushaltung für die Haushälterin, ledige Frauenpersonen mit Kindern und alle, die für alte, erwerbsunfähige Familienangehörige zu sorgen haben, blieb bei der Zulage unberücksichtigt. Es drängt sich jedem Porzellanarbeiter das Empfinden auf, daß die Unternehmer bei Bewilligung dieser sozialen Zulagen nicht von reinen sozialen Gefühlen getragen waren, sondern mit berechneten Hintergedanken die Ledigen und alle die Nichtbedachten leer ausgehen ließen. Der Lohnstarif ist schon nach Altersklassen sozial gestaffelt. Wir brauchen eine allgemeine Lohnerhöhung, der heutigen Forderung entsprechend, und sollten die Unternehmer wirklich soziales Empfinden haben, dann mögen sie überdies weiter an Verheiratete die Familienzulage zahlen. Durch das jetzige System wird sich bald herausbilden, daß für Verheiratete mit großer Kinderzahl bald keine Arbeitsstelle mehr zu finden ist und die Ledigen werden uns von den Unternehmern zu Lohnrüdern gemacht. Das fordert uns zum Protest gegen diese Einführung heraus und fordern wir den Hauptvorstand und die übrigen Vertreter aus den Zahlstellen auf, bei den nächsten Lohnverhandlungen in diesem Sinne zu wirken. — Unter Punkt „Verschiedenes“ kamen die heutigen Beitragsätze der christlichen Keramarbeiter zur Sprache. Die meisten Mitglieder der Christlichen zahlen 1 Mk. Beitrag. Der Hauptvorstand der christlichen Keramarbeiter gibt sich zwar in Nr. 3 des „Christlichen Keramarbeiter“ alle Mühe, seinen Mitgliedern klarzumachen, daß heute diese Beiträge nicht ausreichen in einer Gewerkschaft. Es scheint aber, daß die Mitglieder sich zu höheren Beiträgen nicht aufrufen wollen.

Es wurde angeführt, daß die christlichen Keramarbeiter mit den jetzigen Beitragsätzen nicht mehr ernstlich als Gewerkschaft zu betrachten sind, sondern mehr einem Klimbim-Verein zuneigen. Oder ist es Absicht, um nur leichter Mitglieder zu gewinnen oder die bisherigen zu erhalten mit diesen unzeitgemäßen Beiträgen? Es wurde ein Antrag angenommen, unserem Hauptvorstand zu beauftragen, daß er sich, wenn die christlichen Keramarbeiter nicht in nächster Zeit ihr Beitragswesen zeitgemäß ändern, nicht mehr mit ihren Vertretern gemeinsam zu Lohnverhandlungen setzen soll.

Zur Beachtung für die Zahlstellenkassierer!

(Betrifft Material- und Markenbestellung.)

Bei den geltenden und wahrscheinlich in nächster Zeit noch mehr steigenden hohen Portofakten sollten die Zahlstellenkassierer bei notwendig werdenden Bestellungen von Material nicht nur das gerade fehlende Formular bestellen, sondern an der Hand des Materialverzeichnis feststellen, welche Formulare event. in nächster Zeit begriffen werden könnten und insolgedessen in Wälde ergänzt werden müßten, und dann alle Formulare zugleich bestellen. Die Ubersendung des Materials als Paket lohnt sich dann, ist billiger und bewirkt vor allem Dingen, was die Hauptsache ist, Arbeitserparnis.

Das gleiche gilt für Bestellungen von Marken. Die Kassierer haben die Gewohnheit, immer nur die gerade fehlende Markensorte und auch möglichst nur in einem Quantum zu bestellen, das nur auf wenige Wochen reicht. Ein solches Verfahren erhöht ungemein das Ausgabenkonto für Porto, weil Marken als Einschreibesendung verschickt werden müssen und bewirkt außerdem eine unnütze, kaum zu bewältigende Arbeitsleistung. Eine vernünftige Einteilung ist in dieser Hinsicht dringend notwendig, um die hierfür verwendete Arbeitskraft für nutzbringendere Arbeit verwenden zu können. Jeder Kassierer muß durch die bisherigen Erfahrungen berechnen können, wieviel Marken er von jeder Sorte im Quartal umsetzt. Er ist mithin imstande zu berechnen, wieviel Marken er das Jahr über benötigt.

Es empfiehlt sich deshalb, daß jeder Kassierer in einer Bestellung soviel Marken von jeder Sorte fordert, daß er mit ziemlicher Sicherheit annehmen kann, für das ganze Jahr mit Marken versorgt zu sein.

Bei dieser Gelegenheit verweise ich auch darauf, daß die Marken trocken aufzubewahren sind, sonst besteht die Gefahr des Zusammenklebens. Hierauf sind auch die Unterkassierer aufmerksam zu machen.

Ferner bitte ich noch beachten zu wollen, daß bei Bestellungen von Formularen auch immer die entsprechende Nummer des Formulars, die sich auf dem Materialverzeichnis befindet, angegeben wird.

Wilhelm Herden.

Berlin-Charlottenburg. Zum Bibliothekar ist der Kollege Artur Brauer gewählt. Zur besseren Regelung der Bücherausgabe sind folgende Richtlinien zu beachten: Zur Entlastung des Lokalbeamten ist der Umtausch der Bücher möglichst an den Bibliothekabenden (Montags und Freitags von 5 bis 7 Uhr) vorzunehmen. Jedes Buch wird auf die Dauer von 4 Wochen unentgeltlich verliehen. Für jede weitere 4 Wochen ist bei Nichtverlängerung des Buches ein Strafgehalt von 50 Pf. zu zahlen.

Diese Strafgebühren werden auch vom 15. März ab für die Bücher erhoben, die auf die wiederholten Aufrufe in der „Ameise“ nicht abgegeben worden sind. Die Verwaltung.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Schildermaler. Mittwoch, den 23. März, nachmittags 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Langewiesen. Sonnabend, 19. März, abends 8 Uhr, im „Felsenkeller“.

Leipzig. Sonnabend, den 19. März, abends 1/8 Uhr, im Volkshaus.

Adressen-Änderungen.

Endwigsburg. Kassierer: Andreas Danzer, Abgbr., Solitudestr. 84.
Plankenhammer. Kassierer: Georg Siegler, Mt., Floß Nr. 43.

Achtung! Schildermaler Verlust!

Kollegen, die verkürzt arbeiten, wollen sich umgehend im Bureau der Zahlstelle, Raumstr. 85, melden. Alb. Schulze.

Dank.

Der Zahlstelle Sorau für die mir gewährte Unterstützung von 50 Mark meinen wärmsten Dank.

Invalide August Freund, Siegersdorf, Am Bahnhof Nr. 4.

Esterbetafel.

Dresden. Ernst Schiefner, Maler, geboren am 7. Juli 1847, gestorben am 9. Februar an Gehirnerkrankung. Mitglied seit 1918.

Schmiedeberg. Richard Geister, geboren am 28. Januar 1881 in Rudelsdorf (Rfgb.), gestorben am 28. Februar. Mitglied seit 1919.

Selb. Richard Wagner, Dreher, geboren am 19. Juli 1885 zu Güttensteinach, gestorben am 4. März an Lungenschwindsucht. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Differenzial, das mit zentralisiertes Anfert beiliegt, werden nicht weiter befordert.

Echtlige Zs.-Netzhaut für feinere Kunsttrollen gesucht.

Fritz Kochendörfer, Osterode a. Harz.

Porzellan-dreher, auch im Tinsaren und Rapseldrehen bewandert, unverheiratet, sucht Stellung.

Offen erbeten unter H. W. an die Redaktion der „Ameise“.

Porzellanmaler, in fast allen im Export vorkommenden Arbeiten bewandert, sucht Stellung. Auch Aushilfsstellung wird angenommen. Angebote unter „M. L. 2“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Glas-maler, eingearbeitet in Figuren, bunt und weiß, Goldbevor, Blumen usw., auch des Druckens kundig und mit der Leitung einer Werkstatt vertraut, sucht Stellung. Angebote unter „S. S. 1“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Modell-eur gesucht, der erstklassige Modelle liefert. Zuschriften mit Abbildungen an
Figurenfabrik Peranzi & Co., Breslau 8, Tauenzienstr. 147.

Dreher, unverheiratet, in allen vorkommenden Flachgeschirren arbeiten, event. auch Isolatoren, bewandert, sucht dauernde Beschäftigung. Angebote erbeten an den Geschäftsführer der Zahlstelle, Max Brehme, Ilmenau i. Thürg., Wiesenweg 2.

Frei-hand-maler für Unterglasur (Blumendekore) sucht
Hirschauer Steingutfabriken, C. & E. Carstens
Hirschau b. Amberg (Bayern).

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Darum schickt alles zu

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Gmil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Ältestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen — Matrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldschmiere, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Ver-golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen bei schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Gütten-schuh — Segeltuchoberteil, Ledersohle u. Zwickel. — Recht vorteilhaft kaufen Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turn-schuh. Sämtl. Lederschuhwaren in nur guten Qualit. billigst. Best. Sie illustr. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt.
A. Mehe, Schuhverwand u. Pantoffelfabrik, Weiskwasser (O.-S.).

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler und Dreherei, sowie Drehereimeßer, Hornspachteln, Holzspachteln für Druckerei, u. Pinsel-stiele liefert
Paul Materne, Schönwalb in Oberfranken

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen.

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Matrückenstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-N., Bönißch-Platz 17.

Gremer Qualitäts-Zigarren

mit 33 Proz. Rabatt, à Stück 75, 90 und 110 Pf. Versand von 50 Stück ab in Originalfistchen. Nordh. Kautabak, 15 Rollen 24 Mk.
Universal-Versand, Hermsdorf, S.-A.

Der schlechte Markkurs und der Mangel an Levantiner und Zymocasschwämmen bedingt sofortigen Einkauf!

Offerierte Zymocca-Levantiner Schwämme zu 4, 11, 18, 25, 28, 40 und 50 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brennerei, Druckerei; Hardheadschwämme, runde glatte Form, kleine 100 Stück 125 Mk., mittlere 100 Stück 550 und 650 Mk.; gepresste mittlere flache Hardheadschwämme, das Stk. 80 Stück enthaltend, 200 Mk.; große gepresste prima Hardheadschwämme, das Kilo, 40 Stück enthaltend, für Steingutfabriken, 350 Mk.; echt griechische Bierdeschwämme, kleine 6 Mk., mittlere 18 Mk., große 30 bis 50 Mk. pro Stück. Abgabe nur in ganzen kleineren und größeren Posten.

S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Seit
1896.

Geist
Berlin



Gold-,
Platin-,
Silber-
preis
auf
Auftrag

Seifert, Zwickau i. S., Osterwehstr. 32

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 28/29.